

An den Vorsitzenden des
JHA
Herrn Carsten Rethage
Stadt Gütersloh
Per Mail

Gütersloh, den 10. September 2026



**Antrag der Fraktionen SPD und CDU für den Jugendhilfeausschuss am
10.09.2026 zum TOP 7 „Kinder- und Jugendförderplan 2027-2031“**

Sehr geehrter Herr Rethage,

die Fraktionen SPD und CDU stellen für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.09.2026 den folgenden Antrag zur Schulsozialarbeit zum TOP 7.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Für die Schulsozialarbeit in Gütersloh wird Variante B umgesetzt:
 - zusätzliche Bereitstellung von ca. 1,0 VzÄ (97.000 €).
2. Die Verwaltung prüft bis zur ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2027, wie die Schulsozialarbeit vor Ort nachhaltig gestärkt und im Arbeitsalltag entlastet werden kann. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte geprüft werden:
 - **Berichtswesen:** Evaluation, inwieweit das Berichtswesen auf das fachlich und rechtlich notwendige Maß reduziert werden kann, um den Fachkräften mehr Zeit für die unmittelbare Beziehungs- und Beratungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien zu ermöglichen.
 - **Fachberatung:** Entwicklung eines Vorschlags, wie die Fachberatung der Träger, insbesondere die Netzwerkarbeit in der Schulsozialarbeit als Grundlage der Beratungs- und Präventionsarbeit, dauerhaft im Finanzplan der Stadt abgesichert werden kann, sodass hierfür nicht auf unterjährig eingesparte Mittel zurückgegriffen werden muss.

- **Bedarfe und Entlastungsmöglichkeiten:** Durchführung eines Austauschs zwischen den Schulsozialarbeiter*innen und der Fachberatung, um gemeinsam zu ermitteln, welche Bedarfe bestehen und an welchen Stellen konkrete Entlastungsmöglichkeiten im Arbeitsalltag geschaffen werden können. Dabei soll auch geprüft werden, ob routinemäßige Beratungs- und Präventionsangebote, beispielsweise Workshops oder Präventionsprogramme, durch externe Anbieter übernommen werden können, damit die zuständigen Fachkräfte mehr Kapazitäten für die fallspezifische und beziehungsbasierte Arbeit haben. Als mögliche Modelle sollen dabei unter anderem „Geld statt Stelle“ und Springerstellen betrachtet werden.
3. Die Verwaltung prüft außerdem, inwieweit Jugendamtsstellen stärker in Schulen und Sozialräumen verankert werden können, um eine bessere Erreichbarkeit, Vernetzung und Zusammenarbeit vor Ort zu ermöglichen.

Begründung:

Die Anforderungen an die Schulsozialarbeit haben sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Gleichzeitig steht die Stadt Gütersloh vor erheblichen finanziellen Herausforderungen und befindet sich in einer Phase der Haushaltskonsolidierung. Vor diesem Hintergrund gilt es, notwendige Verbesserungen in der Jugendhilfe mit einem verantwortungsvollen und bedarfsorientierten Umgang mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen zu verbinden.

Mit der zusätzlichen Bereitstellung von 1,0 VzÄ wollen wir dennoch einen konkreten Schritt zur Stärkung der Schulsozialarbeit gehen und zusätzliche Kapazitäten schaffen. Gleichzeitig halten wir es für sinnvoll, zunächst genauer in den Blick zu nehmen, an welchen Stellen die Fachkräfte im Arbeitsalltag tatsächlich entlastet werden können und wie vorhandene Ressourcen möglichst wirksam eingesetzt werden können.

Die vorgesehene Prüfung soll deshalb nicht nur mögliche zusätzliche Personalbedarfe betrachten, sondern auch die bestehenden Strukturen und Aufgaben in den Blick nehmen. Weniger Verwaltungsaufwand, eine verlässlich finanzierte Fachberatung, eine stärkere Vernetzung sowie eine bedarfsgerechte Organisation von Beratungs- und Präventionsangeboten können dazu beitragen, dass die Schulsozialarbeiter*innen mehr Zeit für ihre zentrale Aufgabe haben: die direkte Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien.

Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, diese Prüfung zunächst durchzuführen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse anschließend für weitere Entscheidungen über die personelle Ausstattung und die Ausgestaltung der Schulsozialarbeit zu nutzen. So können zukünftige Maßnahmen gezielter am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet und gleichzeitig die finanziellen Möglichkeiten der Stadt berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist eine wirksame, verlässliche und bedarfsorientierte Schulsozialarbeit, bei der zusätzliche Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie den größten fachlichen Nutzen für Kinder, Jugendliche und Familien entfalten.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Alexander Roth
Fraktion CDU

Lisa-Marie Becker
Fraktion SPD